



Freie Demokraten im Hessischen Landtag

MÜLLER ZU SPORTANGEBOTEN IN DER CORONA-KRISE

30.04.2020

- **Sportangebote müssen schrittweise wieder möglich sein**
- **Landesregierung übersieht gesundheitliche Bedeutung**
- **Konsequente Regeln statt pauschaler Schließungen und Verbote**

WIESBADEN - Der innen- und sportpolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Stefan MÜLLER, hat die Landesregierung aufgefordert, Sportangebote schrittweise wieder zu ermöglichen. „Die hessischen Vereine, aber auch die Fitness- und Gesundheitseinrichtungen in Hessen, müssen endlich wieder sportliche Aktivitäten anbieten dürfen - schließlich fördern diese die Gesundheit.“ Natürlich müssten dabei Schutz- und Hygienemaßnahmen beachtet werden, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren. Die meisten Vereine und Einrichtungen hätten mittlerweile geeignete Schutz- und Hygienekonzepte erarbeitet. „Es gibt keine stichhaltige Begründung dafür, dass die Grundrechte in diesem Bereich weiter eingeschränkt werden. Es braucht konsequente Regeln statt pauschaler Schließungen und Verbote“, kritisiert Müller. Es könne nicht sein, dass das Recht auf sportliche Betätigung in Vereinen oder Gesundheits- und Fitnessseinrichtungen vor Gericht gegenüber der Regierung eingeklagt werden müsse.

Das Nachbarland Rheinland-Pfalz sei Hessen auch im Bereich Sport wieder voraus. Dort sei die Arbeit eines Trainers mit einem Kunden bereits wieder gestattet, und zwar auch in einem einzelnen Raum in einem Fitnessstudio unter Beachtung der Hygienevorschriften. „Was in Mainz geht, muss auch in Wiesbaden möglich sein“, fordert Müller.

Der Fachsprecher stellt klar, dass es nicht um eine Rückkehr zum Normalbetrieb gehe, sondern darum, den ersten Schritt zur Wiederaufnahme von sportlichen Aktivitäten zu



machen. „Doch die Ignoranz der Landesregierung in Bezug auf den für die Gesundheit wichtigen Sport ist erschreckend“, sagt Müller und nennt außer dem Argument der Gesundheitsförderung auch ein wirtschaftliches: „Sowohl Vereine als auch Betreiber von Fitness- und Gesundheitseinrichtungen müssen große finanzielle Herausforderungen bewältigen. Mitglieder zahlen nicht über Wochen und Monate Beiträge, ohne eine Gegenleistung zu erhalten.“ Die Soforthilfe-Programme mögen hilfreich sein, sie ersetzen aber auf Dauer keinen geregelten Betrieb. „Es braucht daher dringend ein Signal der Landesregierung, dass auch beim Sport Schritte zu einem Corona-konformen Umgang gemacht werden.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de